Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt"
erscheint wochentägl. zweimal, Sonntags einmal. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur p. Kreuzband durch d. Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonniert man bei d. Haupt-Expedition, SW. 19. Jerusalemerstr. 46/47, sowie deren Filialen: Leipzigerstr. 103; Potsdamerstr. 33; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Große Frankfurterstr. 33; Petersburgerstr. 2; Mittenwalderstr. 6; Sorauerstr. 20; Ryksestr. 32; Wedding, Gerichtstr. 14; Schöneberg, Feurigstr. 12; Charlottenburg, Kantstr. 34; Rixdorf, Prinz Handjerystr. 83/84.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt" u. „Handels-Zeitung", sowie das illustr. Witzblatt „ULK", die feuillet. Montags-Ausg. „Zeitgeist", die „Technische Rundschau", der illustr. Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel" und „Haus Hof Garten" durch die Post bezog. vierteljährlich 6 M., Ausland exkl. Postaufschlag; für Berlin bei tägl. zweimal. Zustell. monatl. 2 M., vierteljährl. 6 M. Direkt unter Kreuzbd. vierteljährl.: fürs Ausland 18 M., fürs Inland 14 M. Inserate à Zeile 70 Pf. („General-Anzeiger" 40 Pf.) werd. i. d. Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/47, sowie der Filialen: Leipzigerstr. 103, Ecke Friedrichstr.; Potsdamerstr. 33; Königstraße 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Gr. Frankfurterstraße 33; Charlottenburg, Kantstr. 34; Rixdorf, Pr. Handjerystr. 83/84 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Nr. 94.
36. Jahrgang

Donnerstag
21. Februar 1907

Hierzu die Illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel" Nr. 15.

Weitere Glossen zum Militäretat.

Je mehr man davon überzeugt ist, daß unsere militärischen Ausgaben sich noch auf Jahre hinaus in aufwärtssteigender Linie bewegen werden, um so mehr wird man darauf dringen müssen, daß man einen festen Plan für die Gesamtheit unserer Rüstungen verfolge und den Vertretern der Nation unterbreite. Diese und die Nation selber müssen wissen, wohin die Reise geht. Wir haben ein Recht, klar zu sehen, welche Ziele wir erreichen wollen und nach Maßgabe unserer wirtschaftlichen Kräfte erreichen können. In dieser Weise ordnet England seine Wehreinrichtungen. Zum Schutze des Insellandes und seines weltumspannenden Handels hat es sich eine Flotte geschaffen, die jeder Kombination von zwei und sogar drei Mächten gewachsen ist. Dafür aber beschränkt es sich zu Lande im wesentlichen auf eine starke Kolonialarmee und hält es für genügend, noch eine relativ recht schwache Expeditionsarmee zum Eingreifen in festländische Kriege aufzustellen, deren Schlagfertigkeit nicht über allen Zweifel erhaben ist.

So das reichste Land der Welt!

Noch schlagender ist das Verhalten Frankreichs. Nachdem es eine Zeitlang mit Deutschland um die Wette gerüstet und zeitweise vielleicht einen gewissen Vorsprung gewonnen hatte, sah es ein, daß seine stationäre Bevölkerung, aber auch seine finanzielle Leistungsfähigkeit ihm die Fortsetzung eines solchen Wettlaufes schlechthin verböten. Es hat ruhig und offen erklärt, daß niemand sich stärker machen könne, als er sei, und daß ein Volk seine volle Pflicht und Schuldigkeit gegen sich selbst getan habe, wenn es sein Friedensheer so groß gemacht habe, wie ihm eben möglich sei. Das weitere müssen dann Bündnisse und eine gute, besonnene Politik besorgen. Außerdem aber entscheidet über den Ausgang eines Krieges nicht die Zahl der Soldaten allein. In diesem Vertrauen hat es sich durch militärische Rücksichten nicht abhalten lassen, nach dem Vorgange Deutschlands die zweijährige Dienstzeit einzuführen, die sein Heer eher geschwächt als gestärkt hat, und hat seinen Volksvertretern nicht entfernt die „Kompensationen" zugemutet, die in Deutschland verlangt wurden und noch stetig verlangt werden. Frankreich ist sich darüber völlig klar, daß das deutsche Heer dem seinen zahlenmäßig überlegen ist, und daß dieser Vorsprung Deutschlands mit jedem neuen Quinquennate, oder sagen wir besser alljährlich größer werden wird. Aehnlich verhält es sich mit der französischen Flotte. Man weiß, daß man der gewaltigen Entwickelung der englischen Seemacht nicht nacheifern kann, begnügt sich entschlossen mit einer Flotte zweiten Ranges und ist ganz zufrieden, wenn man der deutschen Seemacht gewachsen bleibt. Ja, ich weiß nicht, ob man im Stillen nicht bereits den Zeitpunkt ins Auge faßt, wo unsere Flotte die französische überflügelt haben wird. Zu unseren Gunsten spricht schon gegenwärtig, daß die französischen Geschwader durch die Straße von Gibraltar in zwei Teile zerrissen sind, die sich nicht ohne weiteres gegenseitig unterstützen können.

So wie England und Frankreich handelt Italien. Hier besonders überzeugte man sich nach dem kostspieligen und verunglückten abessinischen Abenteuer, daß die politische Macht eines Staates nicht nur von der Stärke des Heeres, sondern auch von der Ordnung seiner Finanzen, von der Blüte seines Wirtschaftslebens abhinge und beschnitt die militärischen Ausgaben jahrelang, soweit es nur irgend ging. Sein Friedensheer entspricht durchaus nicht der Zahl seiner Bevölkerung, und sogar die Flotte hat man zeitweise verfallen lassen. Erst neuerdings, nachdem die finanziellen Verhältnisse sich allmählich gebessert haben, wendet man den Wehrfragen wieder ein etwas erhöhtes Interesse zu.

An Italien reiht sich Oesterreich! Gewiß hat unser treuer Verbündeter auf militärischem Gebiete bei weitem nicht alles getan, was der überlieferten Stellung der großen Monarchie, was seinem und unserem Interesse entsprochen hätte. Dafür hat er seine Finanzen geordnet und mit noch größerem Erfolge als in Italien das wirtschaftliche Gedeihen seiner Völker befördert. Auch hier blieb man sich bewußt, daß der Staat wie der Privatmann sich nach der Decke strecken müsse.

Ueber Rußland werden besondere Ausführungen an dieser Stelle kaum erforderlich sein.

Wie aber steht es in Deutschland?

Niemand wird leugnen können, daß durch die freigebigen Bewilligungen der Volksvertretung das deutsche Landheer allen übrigen Heeren Europas — im Verhältnis zu der Größe des zu schützenden Raumes auch dem russischen — bereits gegenwärtig überlegen geworden ist. Ich sage nichts dagegen, daß wir uns fortdauernd auf diesem Standpunkte zu erhalten suchen. Wenn daher eines der Heere, gegen die wir voraussichtlich zu fechten haben werden, erhebliche Vermehrungen erfahren würde, so würden wir dem notwendigerweise folgen müssen. In der Lage, in der wir uns befinden, müssen wir das beruhigende Gefühl haben, jedem unserer Feinde mit größter Aussicht auf Erfolg entgegentreten zu können. Nirgends aber ringsum sind gegenwärtig durchgreifende Vermehrungen geplant, und wenn man in Frankreich dazu schreiten wird, die Zahl der Feldgeschütze zu vermehren, die gegenwärtig hinter der unsrigen weit zurücksteht, so wird man das auf Kosten der Kavallerie und anderer Waffengattungen machen.

Es liegt also gegenwärtig auch für uns keinerlei Veranlassung zu wesentlicher Verstärkung unserer Streitkräfte vor, und vielleicht würde es ein Zeichen einer guten äußeren und inneren Politik sein, von beträchtlichen Neubildungen bei Gelegenheit des nächsten Quinquennats abzusehen. Wenn daher schon gegenwärtig von der „Militärpolitischen Korrespondenz" ganz erhebliche Anforderungen — die sie natürlich als mäßige bezeichnet — angekündigt werden, so darf man das wohl als Privatarbeit der Redaktion betrachten. Es ist richtig, daß gegenwärtig die Infanterie des Heeres sich in einem Mißverhältnis zu der verfügbaren Feldartillerie — keineswegs aber mehr zur Kavallerie — befindet. Die Schuld daran liegt an dem mangelnden organisatorischen Geschick, das unsere Kriegsverwaltung schon seit Jahren zeigt: es liegt an der wenig überlegten Art, wie man bald da, bald dort an dem Leibe des Heeres herumdoktert und herumflickt, liegt daran, daß man immer nur das Bestreben hat, die eigentliche Ziele der Verwaltung möglichst wenig erkennen zu lassen. So gelangen wir einerseits zu den unaufhörlichen Aenderungen und Widersprüchen und andererseits zur unorganischen Vermehrung einer einzelnen Waffengattung, die über den Rahmen des Heeres hinauswächst, und zur Aufstellung unvollständiger Formationen, ohne daß das Parlament die notwendigen Folgen sogleich zu übersehen vermag. Leider befinden sich unter den Parteien, die die Absicht einer gewissenhaften Kontrolle haben, gar keine sachverständigen Berufsoffiziere. Das erleichtert das Verfahren der Kriegsverwaltung ungemein, deren Ansprüche wohl hier und da durch den Finanzminister, aber kaum durch den Reichstag eine leichte Einschränkung erfahren. Es ist in der Tat ein Kinderspiel, heutzutage Kriegsminister zu sein; bei der Bewilligungsfreudigkeit des Parlaments könnte jede Null diesen Posten ausfüllen.

Nun würde bei der wirtschaftlichen Blüte des deutschen Volkes selbst eine reichlichere Ausgestaltung des Heeres an sich noch kein Unglück sein, wenn nicht gleichzeitig auch unsere Flotte in immer wachsendem Maße die finanzielle Leistungsfähigkeit des Staates in Anspruch nähme, wenn nicht schon jetzt die Steuerlast außerordentlich gestiegen wäre, und wenn man nicht schon gegenwärtig gezwungen gewesen wäre, in einer zum Teil kleinlichen Weise neue, unpopuläre und selbst drückende Steuerquellen zu eröffnen.

Unter diesen Umständen muß Parlament und Volk wissen, wohin die Reise geht. Will man, wie ich glaube, unsere Seerüstung in absehbarer Zeit wesentlich verstärken, und wird man durch den natürlichen Verlauf der Dinge genötigt werden, auch unsere Kolonialtruppen mehr und mehr auszugestalten, so wird es allerdings höchste Zeit, daß wir uns zu Lande eine sehr wesentliche Beschränkung in der ferneren mechanischen und ziffermäßigen Vermehrung der Truppen und in der Inanspruchnahme der Reichseinkünfte auferlegen. Organisatorische Aenderungen und Verbesserungen werden dann nicht immer durch Steigerung der Etatsstärke — in einer allerdings furchtbar einfachen Weise — zu bewerkstelligen sein.

Darüber hinaus aber werden wir dann in der Gesamtlage eine dringende Aufforderung zu äußerster Sparsamkeit und zur Vermeidung aller nicht unbedingt erforderlichen Aufgaben sehen.

Ob solche Sparsamkeit schon gegenwärtig geübt wird, darüber in einem dritten Aufsatz einige Worte.

Oberst **Gädke.**

Briands Sieg.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 20. Februar.

Trotz des Sieges, den **Briand** gestern für das Ministerium erfochten hat, glaubt man in Kammerkreisen nicht an einen langen Bestand des Kabinetts. Ein Wort, das gestern nach der Sitzung ein Radikaler aussprach, kehrt heute in den Zeitungen verschiedener Parteirichtungen wieder: „**Briand hat Georges Clemenceau in die Tasche gesteckt.**" Wer Clemenceau kennt, weiß, daß er diese unangenehme Position nicht lange aushalten wird. Einstimmig ist die Anerkennung für Briand; auch die gestern kaum beachtete Tatsache, daß kein Redner der Rechten gegen die Kirchenpolitik aufstand, wird für einen Beweis erkannt, daß die französische Kirche sich unter das Gesetz beuge und Frieden schließen wolle. Dieser Friede wird hoffentlich nicht lange auf sich warten lassen. Die strittigen Punkte des Vertrages sind noch die von der Regierung gewünschte Garantie, daß kein Geistlicher, der einem vom Staate nicht geduldeten Orden angehört, in einen Kontrakt eintreten dürfe, und die Frage, wer die Erhaltungskosten für die Kirchenbauten zu tragen hat, die Gemeinde als Vermieterin oder die Pfarrer als Mieter. Diese Schwierigkeiten sind nicht unüberwindlich. Wie ich erfahre, hat der Vertreter des Erzbischofs bereits einen Vertrag ausgearbeitet, der die **Wünsche der Regierung und die Vorbehalte der Kirche zu kombinieren** versucht.

* Herr **Jules Cambon,** Frankreichs neuer Botschafter in **Berlin,** will, wie wir erfahren, erst **Mitte März** hier eintreffen, weil die amtliche Bekanntgabe seiner Ernennung sich verzögert hat. Herr **Bihourd** gedenkt bis Anfang nächsten Monats hier zu bleiben.

Zur Präsidentenwahl.

Die aus Konservativen, Bündlern, Nationalliberalen und Freisinnigen gebildete Reichstagsmehrheit hat, wie wir im gestrigen Abendblatt berichteten, den konservativen **Grafen Stolberg** zum **Präsidenten,** den nationalliberalen **Dr. Paasche** zum ersten und den freisinnigen Stadtältesten **Kämpf** zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Als die Wahl des Grafen Udo Stolberg verkündet wurde, applaudierten — unter dem Gelächter des Zentrums — nicht allein seine konservativen Parteifreunde, sondern auch einige Mitglieder der Linken. Man darf sich wohl fragen, ob dieser Enthusiasmus nicht doch ein wenig übertrieben war. Wir für unser Teil werden an dem Tage applaudieren, wo die „konservativ-liberale Paarung" dem Liberalismus im Lande greifbarere Resultate eingetragen haben wird.

Die Idee, die dem strategischen Plane der Mehrheitsparteien zugrunde lag, lautete ganz einfach: **das Centrum muß ausgeschlossen werden.** Diese Idee war, wie wenigstens die **Zentrumsabgeordneten** im Hause behaupteten, von den Vertrauten des Fürsten **Bülow** eifrig empfohlen worden, und der Einfluß der Regierung soll — immer nach Ansicht der Zentrumsleute — auch zentrumsfreundliche Konservative dem Plane gewonnen haben. Diese **Konservativen** hätten, so wurde erzählt, dem Zentrum einen hervorragenden Platz im Präsidium gönnen wollen, falls eine andere der heutigen Mehrheitsparteien sich solchem Vorgehen angeschlossen hätte. Da seien die Vertrauten des Reichskanzlers abmahnend dazwischengetreten, und die Verhandlungen mit dem Zentrum seien abgebrochen worden.

Die Politik, die eine völlige Ausschließung des Zentrums aus dem Präsidium zur Folge hatte, kann verschieden beurteilt werden. Im Gegensatze zu Frankreich, wo die Mehrheit sämtliche Kammerpräsidenten ernennt, war es im deutschen Reichstage bekanntlich Sitte, die **Stärke der Parteien** zum ausschlaggebenden Faktor zu machen. Als im Jahre 1879, nach dem Rücktritte **Forkenbecks** vom Präsidentenposten, eine Neuverteilung nötig wurde, schickte Fürst **Bismarck** seinen Sohn Wilhelm zu den konservativen Parteiführern, um den Konservativen die Wahl des Zentrumsmannes **v. Frankenstein** zum ersten Vizepräsidenten zu empfehlen. Die völlige Ausschließung der stärksten Partei verstößt gegen die bisherigen Gewohnheiten des Reichstages. Aber die entschiedenen Liberalen mögen in solcher Taktik mit Recht ein neues Mittel gesehen haben, um die Kluft zwischen Regierung und Zentrum noch zu verbreitern.

Die Stimmung der Zentrumsleute war denn auch eine ungemein bittere. Das Tischtuch zwischen dem Zentrum und dem Fürsten **Bülow** scheint endgültig zerschnitten und eine Versöhnung fast unmöglich. Der behäbige Dompropst **Dr. Schädler** sagte mit seinem listigen Lachen: „Ob das alles nun so bleiben wird, das können wir ja abwarten; und daß es **nicht** so bleiben wird, darüber sind die kundigen Thebaner sich ja wohl einig ..." Aber andere Mitglieder der ausgeschlossenen Partei äußerten sich weniger humorvoll, und das ganze Zentrum zitterte und bebte vor Kampfeslust. Die Abstimmung über das Präsidium hat die Tatsache ergeben, daß die **Regierungsmehrheit** im neuen Reichstage höchstens **214 Stimmen** beträgt. Das sind **nur 15 Stimmen über die absolute Majorität,** und diese 15 Stimmen könnten sich — besonders während der Jagdsaison — bei Gelegenheit verkrümeln. Fürst Bülow gedachte, in diesem Reichstage über zwei Majoritäten zu verfügen. Fast scheint es, als liefe er Gefahr, sich eines Tages zwischen zwei Stühle zu setzen.

* Die gestern abend im Reichstagsgebäude zwischen den drei freisinnigen Fraktionen gepflogenen Verhandlungen über eine **Verschmelzung der liberalen Parteien** haben, wie wir erfahren, gestern noch zu keinem endgültigen Ergebnis geführt. Die Verhandlungen werden fortgesetzt, aller Voraussicht nach werden sie nicht ganz ergebnislos verlaufen. Eine vollständige Verschmelzung der Fraktionen ist freilich kaum zu erwarten; indes dürfte ein **näherer Zusammenschluß** in der Weise zustande kommen, daß die drei Fraktionen **gemeinsame Fraktionssitzungen** abhalten und nach außen hin geschlossener auftreten, als bisher. Die Gemeinsamkeit der politischen Ziele soll auch in dem parlamentarischen Auftreten der drei Fraktionen deutlicher zum Ausdruck kommen. Die **freisinnige Volkspartei** verhandelte gestern abend, nach der Besprechung mit den beiden anderen freisinnigen Gruppen, in einer Fraktionssitzung über die Frage. Heute dürfte eine gemeinsame Erklärung der drei beteiligten Fraktionen über das Ergebnis der Verhandlungen veröffentlicht werden.

* Nach den bis gestern nachmittag in Petersburg eingegangenen Wahltelegrammen über die **Dumawahlen** sind nach russisch-offiziöser Mitteilung von 226 gewählten Dumaabgeordneten 8 Monarchisten, 11 Mitglieder der Rechten, 16 Gemäßigte, 9 Oktobristen, 1 Mitglied der demokratischen Reformpartei, 40 Kadetten, 28 Sozialdemokraten, 14 Mitglieder der Arbeitspartei, 43 Mitglieder der Linken, 42 Nationalisten, 11 Linksparteilose und 3 Radikale. Unter den Gewählten befinden sich 18 Mitglieder der ersten Duma.

In **Petersburg** ging nach einer Meldung der Petersburger Telegraphenagentur die **Wahl zur Duma** in voller Ruhe vor sich,